

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Zwei Staaten, ein Staat oder ...?

Israel vs. Palästina

Ende der Zweistaatenlösung?
Rolle ausländischer Helfer
Kontroverse Debatten in Israel
Welche Alternativen?

WeltBlick

Münchener Sicherheitskonferenz
Polens „Drei-Meere-Initiative“

Analyse

Obamas Erbe – Eine Bilanz

Kommentar:

Pressefreiheit in Gefahr

ISSN 0944-8101 | 4,80 €
ISBN 978-3-945878-57-6



4 191574 104808 04

4

WeltBlick

- 4 Zur Münchner Sicherheitskonferenz
Lutz Kleinwächter
- 9 Warschauer Vision von den drei Meeren
Holger Politt



14

Briefe aus ...

Astana und Potsdam

18

Thema: Zwei Staaten, ein Staat oder ... ?

- 20 Realistische Lösungen gesucht
Tsafrir Cohen
- 28 Israels Öffentlichkeit und die Zweistaatenlösung
Aharon Klieman
- 33 „Siedlungen sind nicht das Problem!“
S. E. Yakov Hadas-Handelsman im Interview
- 38 „Es fehlt eine politische Kraft für die Zweistaatenlösung“
I. E. Khouloud Daibes
- 42 Das zionistische Israel und die Palästinafrage
Tamar Amar-Dahl
- 47 NGOs – Hilflöse Helfer oder verantwortungslose Komplizen?
Katja Hermann





Analyse: Obamas Erbe

52

Roland Benedikter

Impressum

57

VIP – Swetlana Gannuschkina, russische Aktivistin

58

Angela Unkrüer



Historie: DDR – „Heimliches Mitglied“ der EG?

62

Detlef Nakath

Bücherschau

66



Kommentar: Gefahr für die Pressefreiheit

70

Daniel Moßbrucker

Wort und Strich

72

„Siedlungen sind nicht das Problem!“

Interview mit dem Botschafter des Staates Israel,
S. E. Yakov Hadas-Handelsman

Herr Botschafter, wir sehen den Nahen Osten in großen Turbulenzen. Alte Strukturen brechen zusammen, es scheint eine Neuordnung der Region zu geben. Wie sieht Israel die aktuelle Lage im Nahen Osten?

Seit unser Staat Israel vor 68 Jahren gegründet wurde, hatten wir keinen einzigen Tag Ruhe. Unser Existenzrecht wird seither mit Waffengewalt bedroht und auch mit Worten angezweifelt. Unser ohnehin schwieriges Umfeld, der Nahe Osten, wurde durch die Bürgerkriege der letzten Jahre aber noch unübersichtlicher, die geopolitischen Strukturen der vergangenen Jahrzehnte lösen sich auf. Selbstverständlich bricht es unser Herz, wenn wir das Leid des syrischen Volkes sehen.

Hunderttausende Menschen wurden getötet, die große Mehrheit Zivilisten, das ist eine große Schande. Israel muss aber auch in dieser Lage zuerst die eigene nationale Sicherheit schützen. Als westlicher demokratischer Staat stabilisieren wir die Region. Wir arbeiten eng mit unseren Partnern Ägypten und Jordanien zusammen und leisten medizinische Hilfe für Menschen aus Syrien. Das liegt auch in Europas Interesse. Niemand möchte sich vorstellen, wie sich weitere Instabilität in diesen Ländern und damit etwa zusätzliche Flüchtlingsströme auswirken würden. Israel ist zudem wichtiger Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Gemeinsame Interessen gibt es dabei auch mit arabischen Ländern der Region, so zum Beispiel mit den Golfstaaten. Sie sehen mittlerweile Israel nicht mehr als Problem, sondern als Teil der Lösung, und befürchten den wachsenden Einfluss Irans. Neben dem großen Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten, der an die Religionskriege vor 400 Jahren in Deutschland und Europa erinnert, gibt es aber auch einen bedeutsamen Nebenkampf: den zwischen moderaten und den radikalen Sunniten, zu denen auch der sogenannte Islamische Staat oder al-Qaida gehören. Mit den moderaten Sunniten verbinden uns also auch gemeinsame Interessen.

Ist auch mit Iran ein Dialog möglich? Es handelt sich hier schließlich um einen der Schlüsselakteure in der Region.

Iran ist der größte Nutznießer der Umbrüche im Nahen Osten. Seit der Revolution in Teheran vor 38 Jahren ist es die Strategie der iranischen Führung, schiitische Bevölkerungsgruppen für ihre Zwecke einzuspannen. Dies ist lediglich im Libanon mit der Hisbollah aufgegangen. In Afrika und sogar auch in Südamerika, wo sie es ebenso versucht hatte, konnte sie wenig bis nichts bewegen. Heute aber hat ihre Stunde geschlagen. Über den Irak und Syrien will sie einen „schiitischen Halbmond“ bilden, um ihren Einfluss zu vergrößern. Das könnte verheerende Folgen für Israel haben. Die vom iranischen Regime gesteuerte Hisbollah verfügt über 100.000 Raketen, die auf Israel gerichtet sind. Iran fühlt sich mit dem Atomabkommen weitgehend frei, überall zu intervenieren. Es gibt wenig Druck gegen seine Einmischungspolitik in arabischen Ländern, sei es im Jemen oder in den Palästinensischen Gebieten. Der Westen lässt sich leider von gut gebildeten iranischen Führern beschwichtigen, die eine makellose Außendarstellung pflegen. Das ist der Fall beim jetzigen Präsidenten Rohani. Was gerne vergessen wird, ist aber, wie sehr sich die Menschenrechtssituation in Iran seit dem Amtsantritt Rohanis verschlechtert hat.

In dieser Krisensituation sollte Israel ein besonderes Interesse an einer Regelung des Palästinakonfliktes haben. Welchen Weg zum Frieden bevorzugt Israel?

Wir wünschen uns Frieden für unsere Familien und Kinder. Unsere Bereitschaft zu Kompromissen ist da, jedoch bin ich mir bei den Vertretern der Palästinenser nicht so sicher. Zum einen gibt es keine handlungsfähige und -willige Regierung. Die Zwietracht zwischen den Machthabern im Westjordanland und jenen im Gazagebiet ist größer als der Hass auf Israel. Unter diesen Umständen scheint mir eine Zweistaatenlösung fast unmöglich, man müsste hier eher von einer „Dreistaatenlösung“ mit „Westpalästina“ und „Ostpalästina“ sprechen. Darüber hinaus zweifle ich an der Bereitschaft der palästinensischen Führer, Kompromisse mit Israel zu machen. Sie haben einfach nicht das Format, schwierige Entscheidungen gegenüber ihren Leuten durchzusetzen. Um einen solchen komplexen Konflikt zu lösen, braucht es schon couragierte Politiker. Erinnern Sie sich an das Luxemburger Abkommen

von 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel, das finanzielle Entschädigungen für den Holocaust vorsah? Das war in Israel hochumstritten, die Menschen verstanden es als eine Art Geld-für-Blut-Vereinbarung und wollten das nicht akzeptieren. So nah an einem Staatsstreich war man in Israel nie. Dennoch hat der damalige Premierminister Ben Gurion das Abkommen durchgesetzt. In solchen Situationen braucht man als Staatsmann Kraft. Die palästinensische Führung ist aber nicht stark genug, einen substanziellen Friedensprozess in den eigenen Reihen durchzusetzen. Ich bin mir auch nicht sicher, ob sie ihn überhaupt wollen. Die internationale Gemeinschaft steht hinter ihnen. Das gibt ihnen das Gefühl, sie könnten ihre Positionen unilateral durchdrücken, also ohne Kompromisse. Deshalb ist die einseitige Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für Palästina ein Fehler. Wir wissen, dass die Palästinenser immer unsere Nachbarn sein werden. Wollen die Palästinenser aber wahrhaben, dass Israel immer ihr Nachbar sein wird?



S. E. Yakov Hadas-Handelsman

Hat nicht Israel selbst die Friedensmöglichkeiten in Gefahr gebracht, indem es die Besiedlung besetzter Gebiete vorantreibt? Wo kann bei einer anvisierten Zweistaatenlösung überhaupt noch eine Grenze gezogen werden?

Lassen Sie mich dazu in die Geschichte des Konfliktes blicken: Den Sechstagekrieg habe ich als Kind noch selbst erlebt. Damals wurde von arabischer Seite die Auslöschung Israels gefordert, sie wollten beenden, was Hitler angefangen hatte. Das Westjordanland und Gaza waren nicht besetzt, es gab weder Siedlungen noch einen palästinensischen Staat. Gott sei Dank haben wir damals den Krieg gewonnen! Aus den Archiven wissen wir heute, dass im Juni 1967 von israelischer Seite angeboten wurde, alle Gebiete inklusive Ostjerusalem im Tausch für einen

dauerhaften Frieden zu räumen. Das wurde mit der Khartum-Resolution der arabischen Staaten mit „drei Neins“ zurückgewiesen: kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel. Es gab keine Siedlungen, die damals eine Lösung behinderten. Und auch heute sind die Siedlungen nicht das eigentliche Problem. Hier gab es immer Lösungen, wenn der politische Wille dazu da war. Während der Friedensverhandlungen mit Ägypten 1982 wurden die Siedlungen im Sinai geräumt. So konnte ein dauerhafter Frieden erreicht werden. Israel hat mehrfach Signale des guten Willens gesendet, so zum Beispiel 2005, als alle Siedlungen in Gaza ohne Gegenleistungen geräumt wurden. Und 2009, als ein zehnmonatiges Moratorium zum Siedlungsbau von der Netanjahu-Regierung beschlossen wurde, auch hier ohne Gegenleistungen. Die palästinensische Seite winkte jedoch ab und ließ sich nicht auf Verhandlungen ein: zu wenig Entgegenkommen, zu spät. Deshalb sind Siedlungen nicht das Hindernis für einen dauerhaften Frieden. Man kann die großen Siedlungsblöcke dort belassen, wo sie sind, das sind nur zirka 3 Prozent des Westjordanlands. Ein Ausgleich gegenüber den Palästinensern kann über einen Tausch erfolgen, gleichwertiges israelisches Land könnte übertragen werden. Siedlungen können auch zurückgebaut werden. Die Israelis vor Ort müssten dann zwischen dem Verbleib als Bürger Palästinas oder dem Umzug in einen Teil Israels wählen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Aber woran liegt es dann, dass es mit dem Friedensprozess nicht vorangeht?

Ich sehe hier momentan einfach zu wenig Kompromissbereitschaft auf palästinensischer Seite. Die Olmert-Regierung hatte einen Vorschlag vorgelegt, der eine gerechte Aufteilung in zwei Staaten vorsah, wobei 3,5 Prozent des Landes wegen der Siedlungsfrage getauscht worden wäre und 0,5 Prozent für eine Passage zwischen dem Westjordanland und Gaza. Die Palästinenser lehnten ab, weil ihnen 4 Prozent Landtausch zu viel waren. Später behaupteten sie, dass Olmert, gegen den damals die israelische Justiz ermittelte, nicht mehr die nötige Macht für solche Zugeständnisse hatte – ein vorgeschobener Grund. Jetzt sollen Verhandlungen stets mit Vorbedingungen von palästinensischer Seite verknüpft werden. Diese sind aber so umfangreich, dass ich mich frage, worüber überhaupt noch verhandelt werden soll. Und: Das politische Klima in Israel ermöglicht derzeit nicht mehr so großzügige Angebote wie damals.


Zudem gibt es weiterhin das Problem der Rückkehrer. Erinnern Sie sich an das junge Mädchen, das Angela Merkel 2015 im Fernsehen trösten musste, weil es befürchtete, aus Deutschland abgeschoben zu werden? In einem späteren Interview betonte das Mädchen seine palästinensische Identität, es wusste genau, wo sein Urgroßvater gewohnt hatte und dass es dorthin zurückkehren möchte. Das muss man sich vorstellen: als Zwölfjährige, im Jahr 2015, obwohl sie in Deutschland lebt! Dieser künstliche Flüchtlingsstatus wird durch Propaganda bereits in der vierten Generation erhalten, das ist weltweit einzigartig. In Wirklichkeit geht es darum, den jüdisch-demokratischen Charakter Israels auszulöschen. Diese Absicht ist übrigens eine Form von Antisemitismus. Kein Frieden wird funktionieren, solange es diese Forderung nach einem vollständigen Rückkehrrecht gibt.

Herr Botschafter, Ministerpräsident Nedanjahu befindet sich zum Antrittsbesuch bei US-Präsident Trump in Washington. Über den Nachrichtenticker kamen gerade Meldungen, die auf eine grundsätzliche Veränderung der Position der USA hindeuten. Verbessern sich damit die Chancen für einen Frieden im Nahen Osten?

Die Situation hat sich grundsätzlich nicht geändert und ist weitgehend unabhängig davon, wer im Weißen Haus regiert: Eine Lösung für Frieden kann es nur auf dem Weg direkter Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern geben, mit dem Ziel zweier Staaten, eines palästinensischen und eines jüdischen Nationalstaats. Und natürlich wird eine solche Lösung Zugeständnisse von beiden Seiten verlangen.

Herr Botschafter, wird es nach Ihrer Überzeugung je zum Frieden kommen?

Ja, denn die Menschen vor Ort, die Juden wie die Araber, wollen ihn, also ist er auch möglich.

Wir bedanken uns für das Gespräch! 

*Das Interview führten WeltTrends-Chefredakteur Dr. Raimund Krämer
und WeltTrends-Redakteur Yann Wernert am 15. Februar 2017.
Die Fertigstellung erfolgte am 1. März 2017.*